Cenî Info
Nr. 18
01.02.2013
Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

„Eine Bewegung ohne Frauen ist zum Scheitern verurteilt“

Leyla Khalid schloss sich im Alter von 15 Jahren der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFPL) an und widmete ihr Leben der Freiheit Palästinas. Eine Zeit lang kämpfte sie in den Reihen der Guerilla. Sie ist Mutter von zwei Kindern und lebt seit 1964 in der Hauptstadt Jordaniens Amman. Als Mitglied des Politbüros der PFPL reist sie oft in verschiedene Länder, um an Konferenzen teilzunehmen. Wir sprachen mit Leyla Khalid über die aktuelle Situation im Nahen Osten und Palästina, über die kurdische Frage und die Frauenbewegung vor dem Hintergrund der Morde an drei kurdischen Politikerinnen in Paris.

Sie widmen sich seit 54 Jahren der palästinensischen Befreiungsbewegung. Wie bewerten Sie die Entwicklung der Frauenbewegungen im Nahen Osten?
L.K.: Zu allererst haben die palästinensischen Frauen ihren Platz in der Revolution eingenommen. Dieser Platz hat eigentlich einen sehr hohen Stellenwert. Unsere kämpfenden Frauen, die uns mit Stolz erfüllen, sind noch stets in den zionistischen israelischen Gefängnissen inhaftiert. Es werden dort massenhaft Menschen festgehalten. Wiederum standen die Frauen nicht nur in der tunesischen Volksbewegung, sondern auch in Ägypten und Jemen an vorderster Front. Eine Bewegung, in der es keine Frauen gibt, ist sowieso zum Scheitern verurteilt. Für uns ist allein die Beteiligung palästinensischer Frauen an diesen Bewegungen nicht ausreichend. Wir können nicht sagen, dass wir bereits das erwünsche Ziel erreicht haben. Jedoch verfolgen wir mit Aufmerksamkeit, dass die kurdischen Frauen in der Freiheitsbewegung in jedem Bereich und bei jeder Aktion gegen die Herrschenden in der vordersten Reihe stehen. Dass die Frauen in dieser Freiheitsbewegung Schulter an Schulter ohne Geschlechterdiskriminierung mit den Männern zusammen kämpfen, stellt auch für uns ein wichtiges Beispiel dar. Den Frauen kann ich sagen: Ihr habt ein Leben vor euch. Seid diesem Leben verbunden. Glück bedeutet zu kämpfen und im Kampf entsteht das Glück. Der politische Rückschritt in der palästinensischen Revolution hat sich auch auf die Frauenbewegung ausgewirkt.

Würden Sie diesen politischen Rückschritt etwas erläutern? Wann begann dieser Prozess?
L.K.: Mit dem Abkommen von Oslo begann der politische Rückschritt in Palästina. Leider kam auch noch die innere Spaltung der Palästinenser dazu, die hat schwere Auswirkungen gehabt. Die Frauen und die Kinder haben bei den Aufständen mit Steinen in den Händen immer in den ersten Reihen gestanden. Ihr werdet Euch daran erinnern. Aber während den Verhandlungen mit Israel ist diese Bewegung zurück gefallen.

Das türkische AKP–Regime führt erneut Gespräche mit dem inhaftierten kurdischen Repräsentanten Öcalan. Aber bevor diese Gespräche zur Entspannung führen konnten, wurden am 09.01. drei kurdische Politikerinnen in Paris ermordet. Wie beurteilen Sie diesen Prozess?
L.K.: Wichtig ist, dass es zum Friedensprozess und zu Verhandlungen kommt. Wir unterstützen und verfolgen diese Geschehnisse. Die Frage ist hier aber: Frieden für wen und warum Frieden? Frieden bedeutet Freiheit und Demokratie. Die Regierungen benutzen vielsagende Wörter, um das Volk zu täuschen. Das Volk sollte sich nicht täuschen lassen. Natürlich sind wir für Frieden, um das Blutvergießen zu stoppen, um Gefechte zu verhindern und die Demokratie aufzubauen. Aber wir haben damit unsere Erfahrungen gemacht. Die ganze Welt hat gesehen, wohin uns dieser Friedensprozess geführt hat. Wir wollen nicht, dass das kurdische Volk dasselbe erleben muss. Die Entscheidung über seine eigene Zukunft darf nicht in den Händen einer Regierung liegen. Die drei getöteten kurdischen Frauen haben einen wichtigen Platz in der Geschichte. Das ist ein ernster Schlag gegen den Friedensprozess. Wer es auch gemacht hat; wichtig ist, wem es dient. Ich hoffe, dass der Friedensprozess einen erfolgreichen Beitrag zur Freiheit der Kurden leisten wird.

In der Türkei werden mit Steinen werfende palästinensische Kinder als Widerstandsleistende angesehen, während kurdische Kinder als „Terroristen“ verhaftet und gefoltert werden. Wie bewerten Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Widerstandes in Kurdistan und Palästina?
L.K.: Mit Sicherheit gibt es Unterschiede zwischen der kurdischen und palästinensischen Bewegung. Die Unterdrückung der Regime gegen diese Bewegungen ist aber gleich. Die Spritze der Grausamkeit ist die Besetzung des Landes. Es gibt diverse Formen von Ausbeutung, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Unterdrückung.
Die Formen des Widerstandes können sich von Gebiet zu Gebiet, von Land zu Land und hinsichtlich der Forderungen unterscheiden. Wichtig ist es, dass diese Bewegungen gemeinsam und in Solidarität mit den unterschiedlichen Völkern ihren Kampf bewusst weiter führen. (…) Für uns ist die Gründung des Demokratischen Kongress der Völker (HDK) in der Türkei sehr bemerkenswert. Hierüber können alle Kräfte an einem Ort gegen das bestehende System kanalisiert werden. Das versuchen wir auch in Palästina.
Momentan ist es unsere wichtigste Aufgabe, das palästinensische Volk und die patriotischen Kräfte erneut zu vereinen. Seit langem werden Gespräche zwischen islamischen und revolutionär-progressiven Gruppen geführt. Im Jahr 2011 haben wir eine Vereinbarung getroffen, um diese nationale Einheit zu bilden. Die PFPL hat sogar einen neuen, vorübergehenden Vorstand aufgebaut, um wieder die ganze Bevölkerung einzubeziehen und zu organisieren. Aber das reicht natürlich nicht aus. Wir haben das Ziel, eine demokratische Wahl unter der Bevölkerung innerhalb und außerhalb Palästinas durchzuführen, um eine selbstverwaltende Regierungsform von der Basis her aufzubauen. Wir haben die Absicht, dieses als Programm zu verwirklichen, mit dem das palästinensische Volk über seine Zukunft bestimmen kann.

(Quelle: I. Acikyer - ANF, Ankara 23.01.2013)

Kurznachrichten:

Aufruf zur Einheit der Frauen in Syrien

Der Konflikt in Syrien eskaliert zunehmend. Nach dem revolutionären Aufbruch in West-Kurdistan wurde ein Embargo über die kurdischen Gebiete verhängt. Die Türkei treibt mit der Ausrüstung bewaffneter Banden und Stationierung von Patriot-Raketen den Krieg voran. Damit will sie u.a. verhindern, dass die KurdInnen in Syrien einen Status erlangen. Die Frauenbewegung in West-Kurdistan/ Syrien Yekitiya Star veröffentlichte anlässlich der Angriffe bewaffneter Banden auf die kurdische Stadt Serêkaniyê eine Erklärung. Darin hieß es, dass die Angriffe auf Serêkaniyê, bei denen bislang sechs Angehörige der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG ermordet wurden, durch den türkischen Staat gesteuert und unterstützt werden, um sich Zugang zu den Ölquellen in den Regionen Rimêlan und Dêrik zu verschaffen. *Yekitiya Star* rief alle Frauen in Syrien dazu auf, sich gemeinsam Militarismus, Krieg und Gewalt entgegenzustellen: „Als Frauen müssen wir darum kämpfen, dass zukünftig Worte und Recht anstelle der Waffen treten.“ Desweitern verurteilte *Yekitiya Star* die Vergewaltigung einer christlichen Frau in der Stadt Hesekê, die Entführung von kurdischen Zivilisten und die Enthauptung kurdischer Jugendlicher, die von der syrischen Armee desertiert waren auf das Schärfste.

(YÖP 22.01.2013)

ONE BILLION RISING

Eine von drei Frauen auf dieser Welt wird im Laufe ihres Lebens geschlagen oder vergewaltigt. Das sind eine Milliarde Frauen, denen Gewalt angetan wird. Am 14.02.2013 lädt der V-Day eine Milliarde Frauen dazu ein, raus zu gehen, zu tanzen und sich zu erheben, um das Ende dieser Gewalt zu fordern. Eine Milliarde Frauen – und Männer – überall auf der Welt stehen auf. Wir zeigen der Welt unsere kollektive Stärke und unsere globale Solidarität über alle Grenzen hinweg. Lasst uns am 14. Februar 2013 gemeinsam die Ketten brechen und tanzen! STRIKE • DANCE • RISE!

http://onebillionrising.org

Erster Frauengerichtshof in Indien

Die mit dem Tod einhergehende Vergewaltigung einer jungen Medizinstudentin hatte in Indien wochenlange Proteste von Frauen hervorgerufen. Dies führte dazu, dass am 24.01.2013 ein erster Frauengerichtshof einrichtete wurde. Das sexistische Gewaltverbrechen war kein Einzelfall. Eine Vielzahl von Frauen berichten von sexuellen Übergriffen und sogar Gruppenvergewaltigungen. Der neue Frauengerichtshof soll nun Fälle von frauen- und genderspezifischer Gewalt, die früher oft über lange Zeit vertagt wurden, schneller bearbeiten.
Der in Westbengalen eingerichtete Gerichtshof soll der erste einer ganzen Reihe von Gerichten sein, deren Vorsitz jeweils zwei Richterinnen bilden. Alle Angestellten und Staatsanwälte an diesen Gerichten sollen weiblich sein. Ein Hauptanliegen der Gerichte soll die Diskretion rund um die Verhandlungen sein. „ Wenn Männer dabei sind, können weibliche Opfer nicht offen reden und Angaben über das machen, was ihnen widerfahren ist. Sie fühlen sich beschämt. In diesen Gerichten erwartet sie eine frauenfreundliche Umgebung, “ so Joydeep Mukherjee, Geschäftsführerin des Rechtshilfe-Forums Indiens. Richtern fehlt oft das Einfühlungsvermögen gegenüber Frauen, die Opfer eines Gewaltverbrechens wurden, und sie sind häufig der männlichen Partei in einem Rechtsstreit zugeneigt.
Ein Gremium, das in Folge des besagten Vergewaltigungsfalles Indiens Gesetze gegen sexuelle Straftaten begutachtete, forderte nun schnellere Prozesse und härtere Strafen für die Täter. Vor allem Frauen hatten nach dem jüngsten Vergewaltigungsfall in Neu Delhi ihre Erwartungen in die Öffentlichkeit getragen und ein schnelleres Durchgreifen der Gerichte gegenüber Gewalt an Frauen gefordert.

Das Problem der sexualisierten Gewalt gegen Frauen in Indien wurde lange Zeit durch den Staat vernachlässigt und in der Öffentlichkeit wenig diskutiert. Durch das Engagement und die Forderungen der Frauen, die nach dem Vorfall vom 16.12.2012 ihre Stimme noch stärker als zuvor gegen diese Ungerechtigkeit erhoben, war die Regierung nun gezwungen, das schon vorhandene Konzept der Frauengerichte in das offizielle Justizsystem zu integrieren. Bereits 2005 waren sechs indische Frauen von der Organisation Mahila Samakhya für den Friedensnobelpreis nominiert worden, da sie halboffizielle Frauengerichte (Nari Adalats) in Eigeninitiative ins Leben gerufen hatten. Ihre Arbeit bereitete den Sinneswandel vor, der in den jüngsten Protesten seinen Ausdruck fand.
Allein im letzten Jahr wurden in Indien 256 329 Gewalttaten offiziell angezeigt, wovon allein rund 229 000 Gewaltdelikte gegenüber Frauen waren. Die Dunkelziffer unangezeigter Fälle dürfte noch deutlich höher sein.

(Quellen: ANF 24.01.2013; BBC, DW)

Anhaltende Wut und Trauer über die Morde an Sakine, Fidan und Leyla

Die grausame Hinrichtung der drei kurdischen Politikerinnen und Frauenaktivistinnen – Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez – am 09.01.2013 im Zentrum von Paris hat die kurdische Bevölkerung, Frauen und die demokratische Öffentlichkeit in vielen Ländern zutiefst erschüttert. In vielen Städten Kurdistans und Europas gehen die Proteste gegen den dreifachen Mord sowie Gedenkveranstaltungen für die ermordeten Frauen weiter. Jeden Mittwoch treffen sich in Paris Frauen zum Sitzstreik vor den Räumen des Kurdischen Informationsbüros, wo der Mord stattfand. Die Kurdische Frauenbewegung in Europa erklärte, dass die Aktionen fortdauern werden, bis die Hintergründe des Verbrechens aufgeklärt sind.
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. fordert im Rahmen der Kampagne “Wir wollen Gerechtigkeit!” von der französischen Justiz die Feststellung der Mörder und aller in diesen politischen Mord involvierten Kräfte sowie eine Einstellung der Kriminalisierung von kurdischen PolitikerInnen und Vereinen. Mittlerweile müssten bei der französischen Regierung ca. 10.000 Postkarten mit diesen Forderungen eingegangen sein.

Neue Einzelheiten zum Tatverdächtigen des Mordes

Zum Stand der Ermittlungen und der Festnahme eines Tatverdächtigen in Paris berichtete kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika in ihrer Ausgabe vom 28.01.2013, dass der Tatverdächtige Ömer Güney für die Ermordung der drei kurdischen Politikerinnen bis zu 4 Mio. Türkische Lira (ca. 2 Mio. €) vom türkischen Staat erhalten haben könnte. Grund für die Annahme ist u.a. ein öffentliches Dokument des türkischen Innenministeriums, das belegt, dass der türkische Staat Kopfgelder für die Tötung von 50 Führungskadern der PKK ausgesetzt hat; 20 dieser Führungskader sollen sich in Europa befinden. Die Belohnung für die Morde beläuft sich zwischen 2 und 4 Mo. TL je nach „Ranghöhe“ des Führungskaders.
Die Frankreichsektion von Interpol gab bekannt, dass der Tatverdächtige Güney, binnen eines Jahres acht Mal in die türkische Hauptstadt Ankara gereist sei. Nachforschungen hätten ergeben, dass Ömer Güney keinem seiner Familienangehörigen von seinen Ankara-Reisen berichtet hatte. Dies lässt den Journalisten Ferda Cetin vermuten, dass die Anleitung und Entlohnung von Ömer Güney als Spitzel direkt beim Hauptsitz des türkischen Geheimdiensts in Ankara erfolgt sei. Recherchen der Nachrichtenagentur Firat ergaben, dass Güney von 2003 bis 2012 in der Nähe von München lebte, wo er sich überwiegend in religiös fundamentalistischen und rechtsnationalistischen Kreisen bewegte. Im November 2011 kam er nach Paris, wo er einen Mitgliedsantrag im kurdischen Kulturverein stellte. Die französische Polizei fand bei der Durchsuchung von Güney’s Wohnung in Paris neben 45 Anzügen auch 5 Mobiltelefone.

Auslieferung oder Liquidation?!

Im türkischen Fernsehsender Kanal24 äußerte der türkische Ministerpräsident Erdogan, dass ihm der damalige französische Staatspräsident Sarkozy vor 3 Jahren versichert habe, Führungskader der PKK an die Türkei auszuliefern. Dies sei aber immer noch nicht geschehen. In diesem Zusammenhang forderte Erdogan auch Bundeskanzlerin Merkel zur Beschleunigung des juristischen Vorgehens gegenüber linken und kurdischen AktivistInnen in Deutschland auf. Erst wenige Tage zuvor hatte der stellvertretende AKP-Vorsitzende Sahin öffentlich geäußert, dass ähnliche Mordfälle wie in Paris auch in Deutschland zu erwarten seien. Die Botschaft der türkischen Regierung an die EU-Staaten kann somit folgendermaßen interpretiert werden: Entweder ihr liefert uns Führungskräfte der kurdischen Bewegung und anderer oppositioneller Gruppen aus, oder wir liquidieren sie auf andere Weise.

(Quellen: ANF 24.01.2013; YÖP 28.01.2013, PE Civaka Azad e.V. 29.01.2013, Cenî)

Höchststrafe für Pinar Selek!

Am 24.01.2013 wurden die türkische Soziologin Pinar Selek und der mit ihr Angeklagte Abdulmecit Öztürk trotz internationalen Protesten und einem früheren Freispruch in einem einstündigen Gerichtsverfahren in Istanbul zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt. Gegen Pinar Selek wurde Haftbefehl erlassen. Das Urteil dieses 14 Jahre dauernden Prozesses reiht sich ein in die Verurteilung Tausender PolitikerInnen, Anwälte, JournalistInnen, AkademikerInnen und Frauenrechtsaktivistinnen im Rahmen der „KCK-Verfahren“ in der Türkei. Der Hohe Frauenrat KJB kritisierte das Urteil als eine „sexistische, politische und rächende Bestrafung“ einer feministischen Soziologin, die sich um die Entlarvung des patriarchalen Systems bemüht und den Kampf der KurdInnen unterstützt habe. Vor dem Gericht demonstrierten internationale ProzessbeobachterInnen und feministischen Organisationen gegen das skandalöse Urteil.

(ANF 24.01. und 27.01.2013)

Mindeststrafe für Vergewaltiger von N.C.!

Einen Tag vor der Verurteilung Pinar Seleks zu einer lebenslänglichen Haftstrafe waren die Vergewaltiger des 13jährigen kurdischen Mädchens N.C. am 23.01.2013 mit milden Urteilen von der türkischen Justiz belohnt worden. N.C. war 2002 in Mardin von zwei Frauen zur Prostitution gezwungen und von 26 Männern – unter ihnen Staatsbeamte – vergewaltigt worden. Nach einem 11 Jahre dauernden Prozess wurden 24 Angeklagte im Rahmen der gesetzlichen Mindeststrafen zu Haftstrafen zwischen 5 und 9 Jahren verurteilt, da sie „mit Billigung des Opfers“ gehandelt hätten. Die Anwältin Eren Keskin sprach von einem „beschämenden Verfahren“, dessen Urteil die Sichtweise des türkischen Staates auf Frauen widerspiegelt. „Es ist ein Ergebnis davon, dass Frauen im Kriegsgebiet als Kriegsbeute betrachtet werden“, sagte sie.

(DIHA, 23.01.2013)

Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:

Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715